

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

93. Jahrgang.

№ 53

Mittwoch, den 5. März

1919

Deutsche Nationalversammlung.

19. Sitzung.

Weimar, 3. März, Vormittags-Sitzung. Am Regierungsrath Dr. Preuß, Lützner und andere.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung kurz nach 10 1/2 Uhr mit folgender Ansprache, welche die Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der U. Sog. stehend anhören:

Meine Damen und Herren! Gestern sind unsere Ostafrikaner feierlich in die Hauptstadt eingezogen. Es ist der parlamentarischen Vertretung des deutschen Volkes nicht vergangen gewesen, sie am Brandenburger Tor zu begrüßen. Dafür soll von hier aus der herzlichste Gruß für die deutsche Heimat willkommen heißen. (Allseitige Zustimmung) Unerbittet waren die Mühen und Strapazen, mit denen sie lange Jahre zu kämpfen gehabt haben. Im heißen Glanz erschienen die kriegerischen Taten, die sie gegen eine U.bermacht von Feinden vollbrachten. Ihre Rückkehr in die Heimat schildert die Kultur und Wissenschaft, welche deutsche Völker in immer sich erneuernder Energie an febrilem Gestirne und in waldigen Wäldern errichtet haben. Sie schildert auch den reifsten Segen, den die geschichtliche Lektüre zum Besten eines hoffnungreichen Landes verbreitet hat. Sie wird aber auch erzählen von der Dankbarkeit, welche die einheimische Bevölkerung der opferbereiten Wirksamkeit entgegenbrachte, und von der Treue, mit der die einheimischen waffenfähigen Mannschaften zu unseren deutschen Soldaten standen. (Lebhafte Beifall) Ehre und Dank, unsterblichen Ruhm dem Führer dieser tapferen Schaar, dem General von Lettow-Vorbeck, und jedem einzelnen seiner Offiziere, dem Hausvater und seinen Beamten und der gesamten deutschen Ansehlichkeit von Deutsch-Ostafrika. In diesen Zeiten der Grausamkeiten haben auch unsere Feinde die Heldentaten unserer Deutsch-Ostafrikaner gewürdigt und haben in ungewöhnlicher Rührseligkeit ihren den ehrenvollen Abzug und die Rückkehr in die Heimat gestattet. Diese Gesteinnung muß, wenn unser Glaube an die Menschheit nicht verloren gehen soll, sie aber auch beherrschen bei der Lösung der Schicksalsfragen des Friedensschlusses. Unserem schwerleidenden Volke möge das leuchtende Beispiel dieser tapferen Heldenschar beweisen, was fester Zusammenhalt und treue Verlässlichkeit auch in den schlimmsten Lagen zu leisten vermag. Sie haben sich zu Ehren der Ostafrikaner vor den Sigen erhoben, ich stelle dies fest. (Wiederholter allseitiger, großer Beifall.)

Es folgt die Wiederberatung der ersten Lesung des Entwurfs über die Reichsverfassung.

Reichsminister des Innern Preuß: Wenn der Präsident durch Auflösung des Reichstages von den gewählten Abgeordneten an ihre Wahl Berufung einlegen kann, so kann andererseits der Reichstag durch einen Antrag auf Abberufung des Präsidenten im Wege der Volksabstimmung von diesem Erwählung des Volkes Berufung an dessen Wähler einlegen. Ich würde es für richtig halten, beide Bestimmungen aufrecht zu erhalten. Andererseits ist geltend gemacht worden, daß der Präsident strafrechtlich und staatsrechtlich nicht genügend herausgehoben worden sei. Es entspricht nicht der Würde des Reichspräsidenten, eventuell für strafrechtliche Handlungen zu befragen. (Sehr laut.) Im übrigen, wir wollen und können keinen „principis legibus solutus“ (den Selbigen entzogenen Führer) einführen, wir wollen vom Standpunkt der Demokratie aus die unbedingte Unterwerfung auch des Reichsoberhauptes unter Recht und Gesetz restlos durchführen. In der Verantwortung dem Gesetz gegenüber soll kein Unterschied sein zwischen dem Reichsoberhaupt und dem geringsten Bürger. Im übrigen hängt mit der Frage des Präsidenten noch eng zusammen die Frage der Präsidenten der Gliedstaaten.

Darin kann man mit den Rednern der Opposition von der Rechten einig gehen, wenn sie eine Verstärkung der Reichsmacht verlangen. In ihrem Lob der früheren Verfassung muß ich ihnen allerdings widersprechen. Die einzige Möglichkeit tragbarer Grundfragen ist jetzt die demokratische Selbstbestimmung des Volkes.

Das Bekenntnis der Rechten von der Rechten zu einer Stärkung des Reichs ist uns besonders merkwürdig. Allerdings haben mich die Worte des Abgeordneten Dr. Helge etwas an die Politik der nationalliberalen Partei in ihrer Blütezeit erinnert: In der ersten Lesung das volle Bekenntnis zu den Grundfragen des Liberalismus, in der zweiten

Lesung Ermüdungen, daß auch die konservativen Gesichtspunkte von Bedeutung seien, und in der dritten Lesung im großen und ganzen Annahme der konservativen Vorschläge. (Heftigkeit.) Von anderem Schrot und Korn waren die Ausführungen des Abgeordneten v. Delbrück. Ich muß ihm eigentlich dankbar sein für das Lob meines ersten Entwurfs. Ich erlebe ja das sehr mehrfach. Bisher sagt man freundliche Bescheidenheiten für eine tote Sache, aber vordem sind eifrige Grundgedanken dieses ersten Entwurfs einer lebendigen Aufregung näher als man glaubt. Die Reichsregierung mühte zunächst versuchen, in Uebereinstimmung mit den Gliedstaaten zu kommen. Der Abgeordnete v. Delbrück möchte eine Erste Kammer mit berufsfähiger Vertretung haben. In mancher Beziehung würde ich auch heute noch ein Staatenhaus vorziehen. Im Staatenhaus könnten auch große Landestheile Preußens, wie Rheinland, Hessen, Hannover, ebenso wie Baden und Württemberg, eine besondere Stimme erhalten, ohne daß dadurch eine Festschließung Preußens bedingt wäre. (Sehr richtig.) Die Gliedstaaten legen aber entscheidenden Wert auf ihre Mitwirkung in der Verwaltung, aus in beschließender Form, und so hätte neben dem Staatenhaus doch noch ein Reichsrat bestehen müssen. Dagegen würde ich in dem Reichsrat ohne Staatenhaus das kleinere Übel.

Abgeordneter Alpers (Welfe): Die Erkenntnis von der Gefährlichkeit des preussischen Zentralismus zeigt sich in wachsendem Maße. Auch in Norddeutschland. Die Anhänger des Zentralismus vergessen, daß die Liebe seit Jahrhunderten ein Grenzgesetz gewesen ist. Hannover führt seit 50 Jahren einen Kampf um Recht und es müssen im Ausmaß Mittel und Wege gefunden werden, um eine Wiederherstellung des ursprünglichen Rechtsgesetzes der Hannoveraner zu erreichen.

Preussischer Justizminister Helne: Die bis zur Entscheidung durch die preussische Landesversammlung nur vorläufige preussische Regierung handelt sich mit der Zustimmung des überwiegenden Teils des preussischen Volkes, wenn sie ein freudiges Bekenntnis für den Reichsgedanken und für den Ausbau des Reichs ablegt. Wir wissen, daß nationale Einheit nur möglich ist auf Grund kultureller Gemeinschaft und wir erkennen die Bedeutung der kulturellen Sonderheit für das starke Leben eines Volkes durchaus nicht, aber wir betonen bei besonderem Nachdruck, daß das deutsche Volk bei allen Unterschieden in seinen Stammes-eigenheiten eine gemeinschaftliche deutsche Kultur besitzt. (Beifall.) Darum hat das deutsche Volk das Recht auf Einheit. Wir verstehen unter der Reichseinheit nicht eine Unterdrückung der Stammesmerkmale der deutschen Landmannschaften, wir wissen vielmehr, daß nationale Einheit nur möglich ist auf Grund kultureller Gemeinschaft und wir verkennen die Bedeutung der kulturellen Sonderheit für das starke Leben des Volkes durchaus nicht, aber wir betonen mit besonderem Nachdruck, daß das deutsche Volk bei allen Unterschieden in seinen Stammes-eigenheiten eine gemeinschaftliche deutsche Kultur besitzt. (Beifall.) Darum hat das deutsche Volk das Recht auf Einheit. Wenn die Bedanke der Einheit in der Verfassung zum Ausdruck kommen soll, so ist das nur ein Ausfluß des Geistes, in dem das ganze Verfassungswort beudet werden soll. Deutschland muß noch außen und nach innen festen Boden wie den Füßen bekommen. Wir wollen nicht zurückhauen, sondern vorwärts. Preußen besitzt immerhin eine einheitliche Verwaltungsorganisation; mag sie auch eines gründlichen Ausbaues bedürfen. Es hat Finanzen die sich wieder erholen können, es hat ein Eisenbahnsystem, alles Kräfte, die Vernichtung durch eine Schwächung des Reichs bedeuten würde. Wir Vertreter Preußens im Staatenrat haben stets den Einheitsgedanken vertreten und haben vor einer Ueberpannung der Sonderwünsche gewarnt. Preußen hat sich bereit erklärt, daß sein Heer zum Reichsheer, seine Eisenbahnen zu Reichseisenbahnen gemacht werden. Es hat die größten Zugeländnisse auf finanzpolitischen Gebiet gemacht. Preußen kann nun aber auch erwarten, daß es, nachdem es sich der Einheit des Reichs so weitgehend zur Verfügung gestellt hat, eine gleiche Berücksichtigung von anderer Seite erfährt. (Sehr richtig! links.) Phantastische Pläne, die nicht aus dem Bedauern des ganzen preuß. Volkes hervorgehen und die darauf hinauslaufen müssen, Preußen zu gefährden, weil dieser oder jener des Volkes es bequemer findet, seine eigenen Wege zu gehen, können wir nicht verantworten. (Sehr richtig! Unruhe bei den Welfen.) Das Reich, aufgebaut auf einem geschickten Preußen, wäre geschwächt und Preußen selber wäre nicht nur materiell, sondern vor allen

Dingen auch moralisch geschwächt. (Sehr richtig!) Es ist jetzt wirklich nicht die Zeit, daß wir uns in einem Bruderkampf gegenseitig zerfleischen könnten. (Sehr richtig!) Würde man Preußen zerfleischen und seine Kräfte schwächen so wäre das das schlechteste Beispiel für die Einheit Deutschlands. Es wäre nicht ein Weg aufwärts, sondern abwärts, nicht ein Weg vorwärts, sondern zurück, ein Weg zum Untergang. Die preuß. Regierung verpflichtet, alle ihre Kräfte in den Dienst des Einheitsgedankens im Reich zu stellen. (Lebh. Beifall bei der Mehrheit. Unruhe.)

Bogel-Ritterberg (Sog.): Die gesamten Bobensächse müssen umgehend in den Besitz des Staats übergeben werden.

Darauf folgt eine Pause bis 4 Uhr ein.

Nachmittags-Sitzung.

Berlin, 3. März. Um 4 20 werden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Abg. Dr. Beyerle (Z.): Die bayrische Volkspartei vertritt den Gedanken einer Weitergeltung des bundesstaatlichen Charakters und einer Gewaltenteilung zwischen Reich und Gliedstaaten. Wir wollen gegenüber den unitarischen Bestrebungen die berechtigten gliedstaatlichen Interessen gewahrt wissen. Der Unitarismus greift heute in der Forderung, daß mit Befestigung der Monarchie auch die Gliedstaaten fallen müssen. Der starke Widerspruch gegen den ersten preussischen Entwurf, der sich auch bei den gliedstaatlichen Revolutionsregierungen zeigte, hat bewiesen, daß für Deutschland heute noch die Form des Bundesstaats die richtige ist. Für Thüringen ist gemäß dem Bedürfnis nach Zusammenschluß angerechnet. Wir wollen nicht mittelalterliche Stammherzogtümer wieder aufrichten, sondern dem heutigen sozialen Volkskörper ein Haus schaffen. Wer eine Landkarte des neuen Deutschlands entwerfen will, darf sich nicht auf ein Prinzip festlegen, sondern Art und Stammesverhältnisse landschaftlicher und wirtschaftlicher Zusammenhänge wollen dabei berücksichtigt werden. Der Bundesstaat entspricht dem Willen des deutschen Volkes. In demselben Augenblick da Dr. Cohn den reinen Einheitsstaat fordert, richtet die Münchener Revolution an die Nationalversammlung das Verlangen, das bayrische Militärreferat zu erhalten. (Hört, hört.) Eine Gestaltung der verworrenen bayrischen Verhältnisse kann nur durch einen selbständigen bayrischen Staat erfolgen. Für den Unitarismus ist das bayrische Volk nicht zu haben, weil es darin immer die Gefahr einer Verperierung mitteilt. Mit diesen Verhältnissen muß man rechnen, damit nicht Konflikte herausgeschworen werden. (Sehr richtig bei der deutschen Volkspartei.) Die Aufrechterhaltung des bisherigen preuß. Verhältnisses läßt sich nicht mehr rechtfertigen. Je größere Freiheit man den Hannoveranern, Rheinländern und den übrigen Staaten gewährt, um so besser wird der Reichsgedanke verstärkt. (Lebh. Zustimmung.)

Reichsminister Dr. Preuß widerspricht der Grundtendenz dieser Rede. Niemand verzicht die Kulturleistungen der Gliedstaaten, aber wir haben doch eine deutsche Kultur. Dr. Düringer (Deutsch-Nat.): Minister Preuß überseht die Bedeutung, die die Mittelstaaten haben. Preußen darf nicht geschädigt werden.

Dr. Schilling (Dm.): Ob der Wegfall der Präsidialrechte Preußens genügen wird, um Preußen organisch in das Reich einzufügen, lasse ich dahingestellt. Für das Volk bedeutet das Verfassungswort eine Wiedergeburt aus wahrhaft deutschem Geiste. Ueber den Verbleib der Staatshäuser sind wir zur Demokratie gekommen. Der Bismarckianismus der letzten 50 Jahre hat uns die wahren Werte deutscher Kultur verfallen. Bismarck bekannte sich zu jenem Grundgesetz, der alle Fragen dieser Welt mit Blut und Eisen lösen wollte. Aber was ist dabei herausgekommen? Die dreißigjährige Legislaturperiode für den Reichstag möchten wir auf 5 Jahre verlängert wissen. Ein befristetes Wahlrecht für das Wahlrecht lehnen wir ab. Das gesamte Schul- und Unterrichtswesen muß einheitlich ausgebaut werden. Ebenso müssen wir im Verkehrswesen noch zu größerer Einheitlichkeit kommen, desgleichen in der Rechtspflege. Wir wandern gegenwärtig durch ein finstres Tal, neben uns gähnt der Abgrund. Aber wir haben die Hoffnung, die einst Feigroth mit den Worten ausdrückte: „Ach Gott im Himmel, welche Wunderblume wird einst vor allen dieses Deutschland sein.“ (Lebh. Beifall.) Colshorn (Welfe) wendet sich gegen den Justizminister Helne: Das deutsch-hannoversche Volk verlangt Selbstständigkeit. Gerade durch das Bestreben, die preussische Hegemonie aufrecht zu erhalten, wird die Reichsverdröpfung vorwiegend, die eine Schwächung Deutschlands bedeutet.

Preuß. Justizminister Helne: Von einem Verlangen nach einer ungeschwächten Hegemonie Preußens ist in der

Nagold. Wohl, Berlin an der Spitze... 5228 A. 480 A. 5451 A.

Wohnhäuser sind... 300 A. 1147 A. 436 A.

1919.

Teilnahme... Krenz

Wohnhäuser... Krenz

Wohnhäuser... Krenz

Wohnhäuser... Krenz

Wohnhäuser... Krenz

preussischen Regierung gar keine Rede. Im Gegenteil! Wir wollen der Reichsarmee und der Größe und Macht des Reiches dienen. Dem Wunsche eines Teiles der hannoverschen Bevölkerung nach einem selbständigen Staate steht die viel größere Masse der sozialdemokratischen Arbeiter gegenüber.

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag nachm. 3 Uhr vertagt. Schluß 7 1/2 Uhr.

Generalfstreik in Berlin.

Berlin, 3. März. Die Unruhen in Deutschland nehmen immer ernsteren Charakter an. In Berlin ist bereits heute nachmittag der Generalfstreik ausgebrochen u. darauf hin sofort der Belagerungszustand erklärt worden.

Berlin, 3. März. WTB. Um die Mehrheit der Bevölkerung Groß-Berlins vor den terroristischen Anschlägen einer Minderheit zu schützen und vor Hungernot zu bewahren, hat das preussische Staatsministerium für den ganzen Polizeibezirk Berlin, für Spandau, Teltow und Nieder-Earnim den Belagerungszustand erklärt. Die wollehnde Gewalt geht damit auf den Oberbefehlshaber in den Marken, Reichswehrminister Noske über, der zur Ausführung des Belagerungszustandes besondere Anordnungen erläßt, sowie an die Bevölkerung eine Warnung vor Verbrechen und Ausschreitungen mit Hinweis auf die Einsetzung außerordentlicher Kriegsgerichte richtet.

Berlin, 3. März. Den ganzen Montag vormittag bemühten die Spartakisten, um in der heftigsten Weise unter der Anführung für den Generalfstreik zu werden. Es gelang ihnen, eine Mehrheit für den Beschluß des Generalfstreiks, der sofort in Kraft treten sollte und heute Abend auch begann, zu gewinnen. Heute Nachmittag führten Spartakisten im Norden Berlins einige Polizeirevolver und überfielen hier sowie im Zentrum mehrere Patrouillen. Gleich zu Beginn der Kämpfe wurde ein Polizist erschossen.

Die preussische Regierung hat alle Vorkehrungen zum Schutz des Publikums getroffen und schon tags vorher beschloß, den Generalfstreik sofort mit der Behauptung des Belagerungszustandes zu beantworten. Dieser wurde augenblicklich verkündet, nachdem im Gewerkschaftshaus mit großer Mehrheit der Generalfstreik beschlossen worden war. Eine große Truppenmenge ist in Berlin zusammengezogen.

Der Reichswehrminister Noske ist aus Weimar in Berlin eingetroffen. Die Reichsregierung und die preussische Regierung sind fest entschlossen, allen Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten mit rücksichtsloser Strenge entgegenzutreten. Wie verlautet, sind die wichtigsten Gebäude, wie Wasser- und Elektrizitätswerk vorher gesichert worden. Die streikenden Arbeiter erheben die Forderung: sofortige Befestigung der Regierung, Entlassung des Kaiserregiments und augenblickliche Sozialisierung. Der Streik soll solange fortgesetzt werden, bis diese Forderungen restlos erfüllt sind. — Die Majorität, mit der der Generalfstreik angenommen wurde, war nur schwach. Der Antrag ging von den Kommunisten aus und wurde von den Unabhängigen unterstützt. Die Reichstagssozialisten und die Demokraten stimmten in der Ablehnung gegen ihn. Die Versammlung verlief sehr tumultuös. Die Truppen sind im Vormarsch, um die ganze Stadt zu besetzen.

Heute nachmittag wurde beschloßen, daß die Straßenbahnwagenstellen von heute abend 8 Uhr ab in den Ausnahmezustand treten sollen, was auch geschah. Ferner wird auch die Einbegleichung der Hausangestellten in den Generalfstreik erfolgen. — Der Vorort-, sowie der Stadt- und Ringbahnverkehr ist eingestellt.

Berlin, 3. März. WTB. Dem „Vorwärts“ wird auf das Bestimmteste versichert, daß die Möglichkeit besteht, die Ausbreitung von Unruhen in Berlin zu verhindern, in einzelnen Fällen ließ sich der Einfluß russischer Gelds und russischer Agenten feststellen. (Wenn der „Vorwärts“ mit seiner optimistischen Auffassung Recht behält, so wird dies überall mit Erregung aufgenommen werden. Leider hat die mehrheitliche Presse die Dinge schon öfters zu leicht genommen und sich mit ihrer Einschätzung der treibenden Kräfte der sozialistischen Bewegung schon mehrfach geäußert.)

In der Vollerhebung der Groß-Berliner Arbeiterliste erschien eine größere Anzahl von Deputierten auf der Vollerhebung, die erklärten, daß man sich in den Betrieben der Metallindustrie, sowie der Eisenbahnwerkstätten mit großer Mehrheit zum Generalfstreik erklärt habe.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Ärztevereins veröffentlicht im „Vorwärts“ einen Aufruf, in welchem er die gesamte Ärztschaft bittet, im Falle eines Generalfstreiks in Groß-Berlin ihre Neutralität zu bewahren und nach wie vor dem Hilfsbedürftigen — gleichgültig welcher Parteirichtung — ärztliche Hilfe zu gewähren.

Berlin, 4. März. Ueber die gestrige Sitzung der Groß-Berliner A.-Räte, in der mit ungefähr 1/2 Mehrheit der Generalfstreik beschloßen wurde, berichtet die „D. Allgem. Ztg.“: Es wurde festgelegt, welche Berufsgruppen am Streik nicht teilnehmen dürfen: die Lebensmittelbranche, Feuerwehr, das gesamte Sanitätswesen, das Gaswerk, Beerdigungsinstitute sowie Krankenkassen und Gewerkschaftsorganisationen. In den Generalfstreik treten u. a. ein: die Bekleidungsindustrie mit kleinen Einschränkungen, vollständig streikend: Elektrizität, Post und Telegraph, Gastwirtschaften und Hotels, Dienstboten und die Presse. Sodann wurde über die Streikforderungen beraten. Die von den A.- und S.-Räten aufgestellten Resolutionen über ihre Aufgabe wurden besonders als Grundlage der Streikforderungen betrachtet. In politischer Beziehung wurde grundsätzlich die Anerken-

nung der A.- und S.-Räte gefordert. Die von der „Roten Fahne“ präsentierten Forderungen wurden mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt. Die 7 Hamburger Punkte, die auf dem Rätekongress im Dezember beschloßen wurden, wurden auch als Streikforderungen angenommen. Ferner wird verlangt die Freilassung aller politischen Gefangenen, insbesondere von Ledebour und Kadek, sofortige Auflösung der Freiwilligen-Korps, Umwandlung der bestehenden Gerichte in Volksgerichte und Auflösung der Standgerichte, Wiederaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland.

Sodann wurde die Einzelforderung, welche die „Rote Fahne“ erhoben hat, eine Anzahl politischer Männer den alten und jetzigen Systemen vor einem Revolutionsgericht abzuurteilen, nach längerer Debatte in mehrere Teile gegliedert und über diese abgestimmt. Der 1. Teil, wonach die beiden Hohenzollern, Hindenburg und Ludendorff abzuurteilen sind, wurde angenommen. Der 2. Teil, nach welchem Ebert, Scheidemann und Noske abzuurteilen sind, wurde abgelehnt. Die Kommunisten protestierten hiergegen. In nochmaliger Abstimmung wurde das erste Refusiat bestätigt. 3. wurde beschloßen, die Mitglieder von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und anderer nicht radikaler Revolutionsopfer in der gleichen Weise vor ein Revolutionsgericht zu stellen.

Als Streikleitung wurde der Vollzugsrat bestätigt. Die Kommunisten scheiden aus der Streikleitung aus und proklamieren eine eigene Streikleitung. Da hierdurch das Gleichgewicht innerhalb des Vollzugsrates gestört war, protestierten die Unabhängigen gegen die im Streikkomitee vertretenen Demokraten und verlangten deren Aussitt. Schließlich traten die Demokraten freiwillig zurück. Am Schluß der Sitzung wurde beschloßen, daß die Streikleitung in Uebereinstimmung mit den Fraktionen des Vollzugsrates zum Zwecke der Streikleitung um je zehn Vertreter der Sozialdem. Partei und der U. S. P. verstärken soll.

Berlin, 4. März. Nachdem der Antrag der Kommunisten auf Erklärung des Generalfstreiks für Berlin angenommen worden war, haben sich sofort an verschiedenen Stellen der Stadt Unruhen gezeigt. So kam es zu Zusammenstößen auf dem Alexanderplatz und zu kleineren Schlägereien die auch selber bereits einige Tote zum Opfer geordnet haben. Auch in der Brunnenstraße, der Invalidenstraße, der Anklamerstraße und Wilmersdorferstraße haben spartakistische Putschsoldaten und Polizisten tödlich verwundet angehalten und mißhandelt. Vier Polizeirevolver in der Nähe der Invalidenstraße wurden gestohlen, die Revolverhaken durchgeschlagen. Ein Angriff auf den Nordbahnhof ist seitens der militärischen Besatzung abgelehnt worden. Am Alexanderplatz wurde geplündert. Alles deutet darauf hin, daß die Spartakisten in Berlin, wie im Januar terroristischer werden. Sie werden an dem festen Willen der Regierung, die sofort den Belagerungszustand verfügt hat und Ruhe und Ordnung unter allen Umständen aufrechtzuerhalten wird, einen unüberwindlichen Widerstand finden.

Tagesneuigkeiten.

Feindliche Erwürgungsbedingungen.

Berlin, 2. März. WTB. Marschall Foch erstattete der Konferenz Bericht über die dem Feind im neuen Waffenstillstandsvertrag auferlegenden Bedingungen. Im übrigen beschloß man sich mit den finanziellen Fragen und Bedingungen des Vertrags.

In einer Pariser Depesche geben Lyoner Zeitungen folgende Bedingungen bekannt, die von dem interalliierten Ausschuss der Pariser Konferenz für die Erneuerung des Waffenstillstandes ausgearbeitet worden sind: Deutscher Heeresbestand nicht über 200.000 Mann, schärfste Ueberwachung des Artillerie- und Flugwesens sowie der Produktion der im Betriebe erhaltenen Kriegswerkstätten. Beschlagnahme der deutschen Flotte (ob Kriegs- oder Handelsflotte ist nicht gesagt), sowohl der internierten als der im Bau befindlichen. Zerstörung aller Verteidigungsanlagen an der Ostseeküste, Uebergang der 14 Ueberseekabel in den Besitz der Alliierten. Zahlung von 10 bis 15 Milliarden jährlich an einen interalliierten Finanzausschuss für die Dauer von 30—50 Jahren, Verpfändung deutscher Zölle und besonderer Steuern als Sicherheitsleistung, Aufrechterhaltung der augenblicklichen Besetzung am Rhein während dieser Zeit. Trennung von Deutschland und Polen sowie von Deutschland und Oesterreich durch eine aus ethnischen und strategischen Erwägungen festgesetzte Demarkationslinie.

Dazu schreibt der „Schwab. Merkur“: Diese Bedingungen, wenn sie der Wirklichkeit entsprechen, müssen vollends zur inneren Vernichtung Deutschlands führen. Sie enthalten nichts anderes als eine jenseitige auf etwa 50 Jahren demmens wüthige Lohjägererei Deutschlands für seine bisherigen Feinde. So lang sollen wir jährlich 10 bis 15 Milliarden zahlen, während im letzten Friedensjahr des Reichs die gesamten Reichseinnahmen 8.8 Milliarden erreichten. Darin fallen unsere Steuern und Zölle verpfändet werden und dafür soll das ganze linksrheinische Gebiet besetzt bleiben. Was ist für ein großer Unterschied zwischen Besetzung auf 50 Jahren und völliger Losreißung? Welcher wird die Trennung von Deutsch-Oesterreich befehlen, wie die von Polen. Unsere bewaffnete Macht soll noch höchstens 200.000 Mann erreichen also etwa 1/2 der Friedensstärke, für Württemberg noch um 4000 Mann herum, wobei durch Auslieferung des Kriegsgüter, Schleifung der Ozean- und anderer Besatzungen u. a. nicht bloß jede Angriffskraft sondern auch jede Verteidigungsmöglichkeit gedrochen wird. Dazu end-

lich die einfache Auslieferung der Flotte — wie nehmen einmal an, die Kriegsflotte, denn die Handelsflotte untersteht den wirtschaftlichen Ermordungen von Spa. Welche Folgen müssen diese juchbaren Bedingungen für unsere innere Lage haben! Und welche deutsche Kolonialpolitik könnte unter ein solches Vernichtungsurteil ihren Namen führen!

Die Presse hat besonderen Anlaß, sich gegen die Forderung nach den deutschen Kabein zu wenden, die ihre Selbständigkeit in der ausländischen Verflechtung vollends ganz vernichten würde.

Die Rückwirkung des Bolschewismus auf die Ausführung des Waffenstillstandsvertrags.

Berlin, 4. März. Die D. W. R. teilt mit: Infolge der dauernden Streike und der Bahnunruhen in Deutschland ist trotz aller gegenseitigen Bestimmungen eine erhebliche Verzögerung in der Abgabe der landwirtschaftlichen Maschinen an die Alliierten eingetreten. — Angesichts des Umstandes, daß die alliierten Uebergabekommissionen bei der Abnahme der landw. Maschinen erhebliche Schwierigkeiten, wie bei der Ablieferung des Eisenbahnmotors bereiten, ist es nicht überflüssig, daß, wie General Rudant am 2. März der deutschen Kommission in Spa in einer Note mitteilte, seit der bis zum 1. März im Prinzip abzuliefernden 31.204 Maschinen nur 575 landw. Maschinen den Alliierten übergeben sein sollen. Rudant will sich infolgedessen bereits jetzt alles vorbehalten, was als Bestrafung für die verzögerte Abgabe des landwirtschaftlichen Materials der deutschen Regierung angesetzt werden könne. Demgegenüber wies der Vorsitzende der D. W. R. darauf hin, daß die deutsche Regierung alles tut, um die Ablieferungen durchzuführen. Er legte Rudant die Unfälle auseinander, durch welche die Ablieferung der Maschinen verzögert worden ist und betonte, daß hier „höhere Gewalt“ vorliege, gegen welche die deutschen Behörden im Augenblick machtlos seien. Trotz dieser deutschen Erklärung hielt Rudant den Text seiner Note aufrecht.

Entwurf des Sozialisierungsgesetzes.

Berlin, 4. März. WTB. Die Reichsregierung hat beschloßen, dem Staatsauschuss sofort die Entwürfe zu einem Sozialisierungsgesetz und zu einem Gesetz über die Volkswirtschaft zur Einbringung an die Nationalversammlung vorzulegen. Zugleich hat die Reichsregierung beschloßen, ungeklärt den Entwurf eines Gesetzes über die Realbewirtschaftung zu bearbeiten, der dieses Gebiet auf gemeinschaftlicher Grundlage regeln soll. Da die erforderliche Umarbeitung des geltenden Realgesetzes eingehendere gesetzliche Vorbereitungen erfordert, kann dieser Gesetzesentwurf noch nicht rechtzeitig in dem Sozialisierungsgesetz und in dem Gesetz über die Volkswirtschaft vorgelegt werden, doch sollen die Arbeiten so schnell wie irgend möglich durchgeführt werden.

Entwurf des Sozialisierungsgesetzes.

§ 1. Jeder Deutsche hat seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit von ihm fordert. Die Arbeitskraft ist das höchste wirtschaftliche Gut der Nation und steht unter dem Schutze des Reichs. Das Reich gewährleistet jedem Deutschen die Möglichkeit, durch seine Fähigkeiten entsprechende Arbeit sein Leben zu unterhalten. Soweit er Arbeitslosigkeit nicht zu finden vermag, wird ihm nach Möglichkeit ein besonderer Reichsgesetz der normierende Unterhalt aus öffentlichen Mitteln gewährt.

§ 2. Wirtschaftliche Unternehmungen und Betriebe, besonders Bodenschätze und Naturoste in die deutsche Gemeinwirtschaft zu überführen sowie die Herstellung und Verteilung der wirtschaftlichen Güter für die deutsche Gemeinwirtschaft zugunsten des Reichs, der Gliedstaaten, der Gemeinden oder Gemeindeverbände zu regeln, ist Sache des Reichs.

§ 3. Die Gemeinwirtschaft wird von wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern geleitet. Die Selbstverwaltungskörper werden vom Reich beauftragt. Das Reich handelt bei der Durchführung der Aufsicht der Verbände der Gliedstaaten mit diesen.

§ 4. In Ausführung der in § 3 vorgesehenen Satzungen wird ungeklärt durch besonderes Reichsgesetz die Ausnutzung der Brandstoffe, Wasserkräfte und sonstigen natürlichen Energiequellen der aus ihnen stammenden Energien (Energiewirtschaft) durch gemeinschaftliche Gesichtspunkte geregelt. Zunächst tritt für das Teilgebiet der Kohlenwirtschaft ein Gesetz zur Regelung der Kohlenwirtschaft gleichzeitig mit diesem Gesetz in Kraft. Das der Nationalversammlung zugehende Gesetz wird heute veröffentlicht.

Die Lage in Mitteldeutschland.

Halle a. S., 3. März. Bei der Besetzung durch die Regierungstruppen kam es an verschiedenen Stellen, namentlich an der Charlottenstraße, der Hochburg der Matrosen zu Straßenkämpfen. Eine tausendköpfige Menge, die vom Balkon des Rathauses aus durch Schreie aufgehetzt wurde, stürzte sich auf die vor dem Rathaus angehaltenen 10 Mann des Landjägerkorps und entließ ihnen die Waffen. Aus der Charlottenstraße fielen die ersten Schüsse. Daher mußten die Truppen zu ihrer eigenen Sicherheit ebenfalls von den Landjägern Gebrauch machen. Am Sonntag plünderten die Unabhängigen ein Reichs- von Eisen und Geschloßen am Markt, was es ebenfalls zu Schießereien kam. Die Zerstörungen an den Gleisanlagen auf dem Bahnhof sind so schwer, daß an eine Wiederherstellung der Bahnverbindung vorläufig nicht gedacht werden kann. Soweit sich die Truppe bisher betätigt



Neueingänge in Konfektion

Sehr preiswerte Bozener Mäntel und Ueberzieher

in guten Stoffen (Friedensware) auch extragroße Nummern.

C. G. Krauß, Herrenberg.

Fritz Amann
Fanny Amann, geb. Keinath
Vermählte
Winterlingen-Nagold, 3. März 1919.

Neu eingetroffen:
Feldgraue Leinendrell
für Betten und Bettröcke,
blauen Cheviot (Marin)
130 cm brt. für Konfirmandenanzüge,
Kostüme, Röcke und Mäntel,
Kattun
für Schürzen und Blusen,
gestrickte Knabenanzüge
Größe 4-12,
Unterhosen und Hemden

bei **Fr. Proß, Wildberg.**

Patent-(Dötes)Briefe
in großer Auswahl billigst bei
G. W. Jaifer, Buchhandlung, Nagold.

15 Bienenvölker
samt Wohnungen, auch einige
leere Wohnungen samt Bienenstöcke gegen bare Bezahlung.
Kaufinteressenten sind eingeladen.
Frau Eipp, Kommissionärs-Witwe.

Emmingen.
Untergelände verkauft am Freitag, den 7. März
vorm. 10 Uhr
10,50 m Küferschänke
einen **Weinzieher**
und einen **Schlauchhahn**
(alles gut erhalten.)
Christian Geigle, Küfers-Witwe.

Volksbibliothek
Nagold.
Bibliothekende heute
nachmittag 4-5 Uhr im
Gewerkschaftshaus, 1. Stk.
Nünftig immer Dienstags
4-5 Uhr.

Malerlehrling =
Gesuch.
Sireß, Junge kann bei
mir bei gründl. Ausbildung
und familiärer Behandlg. in
die Lehre treten
Paul Widmaier,
Malermeister,
Pforzheim,
Kleine Gerberstr. 21.

Gesucht
wird für sofort oder auf 1.
April für größere Gutsklöße
Älteren braunes
Mädchen
Angebote u. Lohnansprüche
sind zu richten an
Oekonomierat Amlung,
Stuttgart.
Volk Herrenberg.

Für eine kl. Brautjungfer
müßte mich auf 1. April ein-
brauen
Mädchen,
nicht unter 18 Jahren, das
möglichst schon gelehrt hat,
gesucht.
Ankunft gibt die Geschäfts-
stelle d. Bl.

Ein älteres
Mädchen
das perfekt kochen kann
und im Haushalt erfahren
ist wird sofort gegen hohen
Lohn gesucht. 2. Mäd-
chen vorhanden.
Frau Emil Lannhauser,
Pforzheim.
Näheres zu erfahren bei
Frl. Elise Stern Nagold.

Oeffentliche Versammlung

am
Donnerstag 6. März 7 1/2 Uhr abends im Traubensaal in Nagold.
Es werden sprechen die Herren
Prof. Dr. Wagner und Dr. Göhrum aus Stuttgart
vom Württ. Landesverein für Kriegerheimstätten und dem Schwäb. Siedlungsverein
über
Das Siedlungswesen in Württemberg und die Organisation
(mit Lichtbildern)
dieser gemeinnützigen Bestrebungen mit besonderer Anwendung auf die
Nagolder Wohnungsbaufrage.
Zu zahlreicher Teilnahme laden ein
Die Ortsgruppe des Vereins für Kriegerheimstätten.
Die Vereinigung der geistigen Arbeiter
und die Vereinigung der Kriegsteilnehmer.

Bauhandwerksmeister vom Bezirk Nagold.

Nach „Besitz mündl. Bauhandwerksmeister C. B.“ - Bezirk Nagold, hält am
nächsten Sonntag, den 9. März, mittags 12 Uhr in der Restauration zur
Eisenbahn von Hermann Loh eine Bezirksversammlung ab.
Tagesordnung:
Berichterstattung durch den Landesverband, Zimmermeister Kref, über Maß-
nahmen der Kontrolle zur Wiederbelebung des Bauwesens, Arbeitsbeschaffung,
Bestellung von Bezirksausschüssen zur Begebung aller öffentlichen Bauarbeiten und
Aufstellung von Hochschilf-Preisen für das Baugewerbe.
Es ist Pflicht jedes Unternehmers im Mauer-, Grab-, Beton-, Stelmauer-,
Zimmer- und Gipser-Gewerbe, ganz besonders der auf dem Lande Anwesenden, an dieser
Versammlung teilzunehmen.
Die Vorstandschaft des Bezirks Nagold.

5000 Mk.
sind gegen gute
Sicherheit
anzuleihen.
Von wem? sagt die Ge-
schäftsstelle des Gesellschafters.
Nagold.
Neues
Sofa
mit bestem Lederüber-
zug (Friedensware)
soll zu verk. gegen Anstich.
Albert Naaf,
Bahnhofstr. 52.

**Gemüse- u. Blumen-
Samen**
in gut feinsäbiger Ware.
Marie Keppler,
Obst- u. Gemüsehandlung.
Uhrzeigerstraße hat
**200 Stück eigene
Speichen,**
starke, dünne Ware
zu verkaufen.
Friedrich Böner,
Zimmermeister, Sulz.

Ein **Mädchen**
für Haus- und landw.
Arbeiten kann bei hohem
Lohn sofort oder später ein-
treten bei
Alfred Napp
in Mühlacker.

Wildberg, den 4. März 1919.



Trauer-Anzeige.

Tieferschmerzt teilen wir allen Verwandten,
Freunden und Bekannten mit, daß meine un-
ergriffliche Gattin, unsere liebe Mutter, Schwester
und Schwägerin
Frau Paula Rothfuß
geb. Ott
heute mittags 12 1/2 Uhr nach langem schwerem
Leiden im Alter von 32 Jahren sanft entschlafen ist.
In tiefer Trauer
der Gatte:
Wilhelm Rothfuß, j. Traube
mit Mutter und Geschwistern.
Die Eltern:
M. Ott u. Frau, j. Hirsch
Die Beerdigung findet Donnerstag, den
6. März, nachmittags 1 1/2 Uhr statt.

Der
Geflügel- u. Kaninchenzüchter-Verein Nagold
hält am Sonntag, den
9. März, nachm. 2 1/2
Uhr im Gasthaus zum
„Schw. Adler“ eine
Hauptversammlung
ab.
Tagesordnung:
1. Bericht (über Kote-Kade).
2. Kassenbericht.
3. Wahlen.
4. Verschiedenes.
Hierzu werden die Mitglieder sowie Freunde der
Sache freundlich eingeladen.
Der **Kassier**.
Eine 36 Wochen fruchtige
Kalbin,
sowie ein
Einspännerpferd usw. etc
hat zu verkaufen
Fr. Lamparter, Schmied, Feldhausen.




